

### 3.2 Eine gute Schule für alle: Die schulpolitischen Forderungen der Gewerkschaften

Das deutsche Bildungssystem ist wie kein anderes in den führenden Industriestaaten von sozialer Ausgrenzung und Leistungsmängeln geprägt.

Die Ursachen für soziale Ausgrenzung und Leistungsdefizite sind vielfältig. Relativ unumstritten bei den meisten Forschern/innen und Experten/innen sind folgende Zusammenhänge:

- die strikte Trennung nach Schulformen
- die zu frühe Auswahl der Schüler/innen für die weiterführenden Schulen
- das zu geringe Tempo bei der Umwandlung von Halbtags- in Ganztagschulen
- quantitative und qualitative Betreuungsdefizite im vorschulischen Bereich
- die Orientierung an scheinbar homogenen Lerngruppen
- den Mangel an individueller Förderung und Durchlässigkeit
- ein Defizit an arbeitsweltlichen Themen und berufsweltlichen Orientierungen

Ein Neuanfang in der Schul- und Bildungspolitik ist deshalb aus gewerkschaftlicher Sicht mehr als notwendig:

Lange Zeit galt es als vernünftiger und gebotener Weg, keine Schul – Strukturfragen aufzuwerfen.

Zu tief saß bei den Schulexperten/innen und Interessierten die frustrierende Erfahrung aus den siebziger und achtziger Jahren, als die Schulreformer/innen sich für die Einführung der integrierten Gesamtschule einsetzten und in der Gesellschaft, vor allem von konservativen Kreisen, einer harten und polemischen Kritik unterworfen wurden. Befürworter/innen einer integrier-

ten Gesamtschule galten als Befürworter/innen einer „Einheitsschule“. Der Schritt zum Kommunismus war nicht mehr weit.

Die Schulstrukturveränderungen, die in diesen Jahren in den Ländern unterschiedlich durchgeführt wurden und die im Kern darauf hinaus liefen, die Gesamtschule in den verschiedenen Formen (additiv, integrativ) und in einigen Ländern die Förderstufe einzuführen, hatten selbst über 1989 hinaus Bestand. Die „neuen“ Bundesländer übernahmen weitgehend die Strukturen der westlichen Länder zu Lasten der in der DDR entwickelten Strukturen. Erst die jüngste Gegenwart, sprich die Jahre seit der ersten PISA – Studie haben in die Debatte wieder Bewegung gebracht.

Dafür gibt es zwei Ursachen. Erstens die Ergebnisse der PISA – Studie und zweitens der demografische Wandel, der in einigen Bundesländern, vor allem im Osten, zu einem massiven Rückgang der Schülerzahlen führte und strukturelle Maßnahmen verlangte.

So war bildungsökonomisch in diesen Bundesländern klar, dass die Dreigliedrigkeit nicht gehalten werden konnte. Anstelle von Haupt- und Realschule wurde eine neue Schule gesetzt. Das Gymnasium blieb erhalten. So hofft man, die zurückgehenden Schülerzahlen kompensieren zu können.

Aus den PISA – Ergebnissen wiederum wurden recht unterschiedliche Schlüsse gezogen. Während die Gewerkschaften, viele Bildungsforscher, Verbände und Institutionen bis hin zu einigen Wirtschaftsverbänden eine längere gemeinsame Schulzeit fordern, haben unter Führung der konservativen Mehrheit die meisten Bundesländer Konsequenzen gezogen wie Abschaffung der Förderstufe, Reduzierung des Elterneinflusses auf die Frage des Übergangs in eine weiterführende Schule, Einführung von zentralen Abschlussprüfungen, Verkürzung der Schulzeiten über die Einführung des achtjährigen Abiturs u.a.m.

Damit wird im Kern die Drei- oder Zweigliedrigkeit in aller Regel verfestigt; der Übergang von einer Schulform zur (höheren) nächsten Schulform wird immer schwerer, während zugleich in den letzten Jahren die Zahl der Abstufungen dramatisch zugenommen hat.

Konsens besteht weitgehend darin, dass die frühkindliche Erziehung und der Grundschulbesuch stärker aufeinander abgestimmt werden müssen, dass der Spracherziehung mehr Aufmerksamkeit zuteil werden muss, dass die Schulen aufgrund der hohen Anteile beidseitig erwerbstätiger Eltern und aufgrund der besseren Lernerfolge zu Ganztagschulen weiter entwickelt werden müssen. Damit war allerdings nicht gemeint, die von der letzten Bundesregierung bereit gestellten Mittel zum überwiegenden Teil zur Ausstattung der Gymnasien zu verwenden, damit diese das achtjährige Abitur einführen können.

Für die Gewerkschaften stehen strukturelle und inhaltliche Forderungen in einem engen Zusammenhang. Aber klar ist, dass die schulpolitische Forderungen gerade weil die konservative Mehrheit in den Ländern zur Zeit massiv Strukturen verändert, ohne ein eigenes, über das heutige Schulsystem hinaus weisende Leitbild nicht auskommen. Dieses Leitbild wird von der „einen guten Schule für Alle“ errichtet.

Dieses Leitbild soll Hinweise für die Gestaltung der Schule, die Entwicklung des Schulsystem und die Gestaltung wichtiger Rahmenbedingungen geben.

So verlangt das Konzept der „einen guten Schule für Alle“ eine Neuausrichtung von Schulpolitik, Lehreraus- und -fortbildung, damit Lehrer/innen besser mit gemischten Lerngruppen arbeiten können und eine größere didaktische Kompetenz erwerben können.

Die Ganztagschule muss mehr sein als eine „Betreuungsschule“, sie muss ganztägig qualitativ gute Lernangebote auch in neuen Lernformen anbieten.

Die Kinder müssen länger gemeinsam in integrativen Konzepten unterrichtet werden. Die Gewerkschaften orientieren sich an einem Zeitraum bis zum 10. Schuljahr

Die Orientierung an individueller Förderung der Schüler/innen und Schüler ist ein ganz wichtiges Kriterium, weil jede/r Schüler/in die Chance haben muss, die geforderten Lernergebnisse erarbeiten zu können.

Dieser Ansatz erfordert eine stärkere Hinwendung der schulischen Lernkulturen an heterogenen Lerngruppen, die Förderung von Selbstständigkeit und selbstständigem Lernen, einen vielseitigen und differenzierten Unterricht, der an den Stärken der SchülerInnen ansetzt und die Freude am Lernen befördert.

Weiterhin gehört zu den Anforderungen an „eine gute Schule für Alle“ die stärkere Berücksichtigung arbeitsweltlicher und berufsorientierender Angebote sowie gezielte und begleitete Übergänge vom allgemeinbildenden Schulsystem in berufliche Ausbildung.

Material:

Frankfurt/Main, Hannover, Berlin,  
17.01.2006

### **Antrag: Eine gute Schule für Alle**

Antragsteller: Vorstände bzw. Hauptvorstände von GEW, IG BCE, IG Metall, ver.di

Das deutsche Schulsystem vertieft die soziale Spaltung. Jugendliche aus Arbeitnehmerfamilien und aus Familien mit Migrationshintergrund haben wesentlich geringere Bildungschancen als Kinder aus höheren Sozialschichten. Jugendliche aus Sonder- oder Förderschulen haben praktisch keine Chance, eine anerkannte, betriebliche Berufsausbildung zu absolvieren und somit keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Der Anteil der Hauptschüler/innen im System der dualen Berufsausbildung sinkt stetig ab, auch sie haben kaum Chancen auf eine qualifizierte berufliche Ausbildung. An weiterführenden Schulen und erst Recht an den Hochschulen ist der Anteil junger Menschen aus sozial schwächeren Familien viel zu gering. Bildungswege in Deutschland sind in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängig, das gegliederte Schulsystem grenzt Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien nachhaltig aus.

Das deutsche Schulsystem ist auch im Hinblick auf die Leistungen defizitär. Die internationalen Schulvergleichstests zeigen erschreckende Mängel beim Lesen, Schreiben und in der Mathematik. Gleichzeitig werden andere Kompetenzen, wie etwa Methoden-, soziale und personale Kompetenzen, häufig nur ungenügend gefördert. Etwa jeder vierte Jugendliche zählt zur so genannten Risikogruppe, der enorme Schwierigkeiten voraus gesagt wird, überhaupt den Sprung, über anerkannte Berufsausbildung, ins Berufsleben zu schaffen. 20 Prozent der Jugendlichen, überwiegend Hauptschüler/innen, verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Über 25 Prozent der

Auszubildenden brechen die berufliche Ausbildung ab.

Die meisten Bundesländer ziehen aus den Leistungsvergleichen wie PISA die falschen Konsequenzen. Das gegliederte Schulsystem wird stabilisiert und ausgebaut, die Zugänge zu „höheren“ Schulen und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen eher noch erschwert. Auch die Einführung von Standards droht zum weiteren Selektionsinstrument zu werden. Dieser Weg ist sozial-, gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisch fatal. Statt alle Kinder und Jugendlichen individuell zu fördern und an ihren Stärken anzusetzen, werden sowohl Leistungsdefizite als auch die soziale Ungleichheit stabilisiert. Beides kann sich eine demokratische Gesellschaft auf dem Weg in eine „wissensbasierte Ökonomie“ und in Angesicht des demografischen Wandels nicht erlauben.

Soziale Ausgrenzung und Leistungsmängel basieren auf gesellschaftlichen Strukturen und Mängeln im Bildungssystem.

Im Schulsystem manifestieren sie sich durch:

- die strikte Trennung nach Schulformen
- die zu frühe Auswahl der Schüler/innen für die weiterführenden Schulen
- das zu geringe Tempo bei der Umwandlung von Halbtags- in Ganztagschulen
- quantitative und qualitative Betreuungsdefizite im vorschulischen Bereich
- die Orientierung an scheinbar homogenen Lerngruppen
- den Mangel an individueller Förderung und Durchlässigkeit
- ein Defizit an arbeitsweltlichen Themen und berufsweltlichen Orientierungen

Ein Neuanfang in der Schul- und Bildungspolitik ist notwendig:

Dazu gehört die Aufwertung der vorschulischen Betreuungsangebote, die Teil des Bildungssystems werden und für alle Kinder zugänglich sein müssen.

Dazu gehört die individuelle Förderung in integrierten Schulsystemen, weil diese sowohl leistungsstärkere wie leistungsschwächere Schüler/innen besser unterstützen und weil sie sozial gerechter sind.

In den Mittelpunkt der Neuorientierung stellen die Gewerkschaften die Forderung nach „Einer guten Schule für Alle“.

Damit fordern sie u.a.

- eine Neuausrichtung von Schulpolitik, Lehreraus- und –fortbildung
- die Einrichtung von ganztägig organisierten Schulen, welche die Kinder bis zum 10. Schuljahr in integrativen Konzepten unterrichten
- die Orientierung an individueller Förderung der Schüler/innen und Schüler
- die Orientierung der schulischen Lernkulturen an heterogenen Lerngruppen
- die Förderung von Selbstständigkeit und selbstständigem Lernen
- einen vielseitigen und differenzierten Unterricht, der an den Stärken der SchülerInnen ansetzt und die Freude am Lernen befördert
- die stärkere Orientierung an berufsweltlichen Anforderungen
- geregelte und begleitete Übergänge vom allgemeinbildenden Schulsystem in berufliche Ausbildung.

„Eine gute Schule für alle“ soll zum bundesweiten Leitbild der Schulreform in Deutschland werden

Der DGB wird aufgefordert, die gewerkschaftlichen Forderungen zu „Eine gute Schule für Alle“ in einem Konzept zu bündeln und in die gesellschaftliche Debatte zu führen.